

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Geführt täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen.
 Bezugspreis M. 3.80 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
 durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.80,
 im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 90 Pf. Postbestellg.
 Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile ober deren
 Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen
 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
 Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.
 Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109. Fernsprecher Nr. 83.
 Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei u. Buchhandlung; Schriftl.: Th. G. a. f., beide in Wildbad.

Nr. 217

Donnerstag, den 25. September 1919

Jahrgang 53

Zum 25. September.

Wildbad, 25. Sept. 1919.

Heute, nach 100 Jahren würtbg. Verfassung, wird die verfassungsgebende Landesversammlung die neue Verfassung des Landes in ihrer endgültigen Form beschließen. Am 25. September 1819 unterzeichnete König Wilhelm I. die Verfassungsurkunde, die durch Vereinbarung zwischen dem König und der Ständeversammlung zustande gekommen war. Damals Reichsregent der Könige, wenn auch im Einverständnis mit der Vertretung der Stände des Landes — heute verfassungsgebend die Landesversammlung, in unmittelbarem Auftrag des Volkes. Aber ohne die erste Verfassung wäre die neue nicht denkbar. Denn erst durch das Werk von 1819 wurde der ständische Staat endgültig beseitigt, erst durch jene Verfassung wurde eine Vertretung des ganzen Volkes zur Teilnahme an der Gesetzgebung und zur Beaufsichtigung der Regierung benannt. Dankbar gedenkt das württembergische Volk heute der Männer, die vor einem Jahrhundert das „alte gute Recht“ zu einem besseren, neuen Recht umbildeten. Und wenn wir jetzt abermals uns anschauen, unter ungleich schwierigeren Verhältnissen ein neues Gemeinwesen aufzubauen, so erinnern wir uns an dem Rückblick in die Vergangenheit die Zuversicht, daß uns auch dieses Werk gelingen werde.

Das Werk des Jahres 1919 weicht von der Verfassung des Jahres 1819 darin ab, daß es nunmehr die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger durch Befreiung der Ersten Kammer und der bis dahin noch vorhandenen Ständes- und Geburtsvorrechte herstellt. Die wichtigste Neuerung aber ist, daß das Volk selbst zum Träger der Staatsgewalt geworden ist. Alle Staatsgewalt in Württemberg geht vom Volke aus, das seinen Willen durch Abstimmung und Wahl äußert. Eine „Gewaltenteilung“ gibt es nicht mehr. Das Volk übertreibt die Ausübung der Staatsgewalt auf den von ihm gewählten Landtag. Dieser aber übergibt die Staatsleitung dem Staatsministerium, an dessen Spitze der Staatspräsident steht. Das Staatsministerium ist dem Landtag verantwortlich, dieser dem Volk. Ist das Volk mit dem Landtag nicht einverstanden, so kann es ihn abberufen. Damit erlischt auch der Auftrag des Staatsministeriums, es führt seine Geschäfte nur weiter, bis ein neuer Landtag ein neues Ministerium bestellt hat. Gesetzgeber ist das Volk selbst. Zur gewöhnlich überträgt es zwar die Gesetzgebung dem Landtag; kann sie aber jederzeit auf Grund eines durch die nötige Stimmenzahl unterstützten Volksgehens selbst in die Hand nehmen oder auch von der Regierung durch ein sogenanntes „Referendum“ selbst zur Volksabstimmung aufgefordert werden.

So baut sich der neue Staat auf. Einst standen Landesherren und Stände in Württemberg einander gegenüber. Dann trat neben den Landesherren die Vertretung des Volkes. Jetzt regiert sich das Volk selbst durch seine Beauftragten — Möge es denn auch in Zukunft bleiben bei dem alten „Die gut Württemberg alleweg“.

Das neue württembergische Wappen. Im Vorzimmer des Halbmondbaals waren am Dienstag die Entwürfe für das neue württembergische Wappen ausgestellt. Es sind im ganzen fünf, wovon drei von Chr. Speyer und zwei von C. Stein und St. A. H. gezeichnet sind. Das alte gespaltene Mittelschild mit den drei schwarzen Hirschtangen und den drei schwarzen leopardierten Löwen, verzierter mit silbernen, auf goldenem Grunde ist auch der Hauptbestandteil aller Entwürfe für das neue Wappen. Von den Speyerschen Entwürfen zeigt der eine die heraldisch älteste Form, wonach Hirsch und Hirschkub unter dem Schild liegend angebracht sind. Der zweite Entwurf zeigt nur den Schild mit einem grünen bzw. goldenen Lorbeerkranz umrahmt. Der dritte Speyersche Entwurf stellt den bekannten reichen Barockausbau dar, wobei die Bildhauer Löwe und Hirsch aufrecht angebracht sind. Auf einer schwarz-roten Bandschleife unter dem Schild könnte noch der Wappenspruch „Furchlos und treu“ verzeichnet werden. Von den beiden Stein und St. A. H. Entwürfen besteht der eine nur in dem ganz schmucklosen Mittelschild, der andere Entwurf ist ebenfalls das bekannte Barockmotiv mit Löwe und Hirsch als Schildhalter. Auch hier findet man die schwarz-rote Bandschleife. Der Unterschied zwischen den beiden Barockentwürfen liegt in der Hauptsache nur in der Farbe der Wappentiere.

Württembergischer Landtag.

(-) Stuttgart, 23. Sept.

Präsident Kell eröffnet die 54. Sitzung um 8 Uhr. Präsident Kell gibt bekannt, daß der Nachfolger Hepp's, Oberbürgermeister Köhler-Gmünd in den Landtag eingetreten ist. Der Abg. Elsas (D.D.P.) sich jedoch entschlossen hat, auf das Mandat zu verzichten. — Dem Präsidium ist von einem Schriftsteller Feih Köster-Dresden die Bitte um Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abg. Ulrich (S.) als Redakteur des „Heilbronner „Neuarche“ wegen Verleumdung zugegangen. Die Angelegenheit wird zur raschen Erledigung an den Geschäftsauswahlschuss verwiesen. — Im Vorzimmer sind Entwürfe zum neuen württembergischen Wappen aufgelegt.

Das Haus tritt in die erste und dann sofort in die zweite Lesung des Jugendfürsorgegesetzes ein, worüber Abg. Eisenstein (D.D.P.) berichtet.

Abg. Dr. v. Mühlberger (D.D.P.): Wir sind grundsätzlich mit dem Gesetz einverstanden, haben aber Bedenken, dieses Gesetz, das von tief einschneidender Bedeutung für die Definitivität ist, in so kurzer Zeit definitiv zu verabschieden. Vor allem hat das Reich die Aufgabe, für die verwaistete Jugend zu sorgen. Es fehlt zudem an den notwendigen Kräften zur Versorgung der Jugendämter. Wir bitten, die dritte Lesung des Gesetzes zu verschieben.

Abg. Dr. Baur (S.): Ich kann dem Vorgesetzten im wesentlichen nur zustimmen. Es kann uns aber hier genau so gehen, wie mit der Verfassung, die uns vorkommt wie ein ausgeruppter Vogel.

Minister Dr. Lindemann: Wir haben uns bemüht, von Berlin aus Klarheit zu bekommen; ich bin allerdings nicht imstande, zu sagen, ob das kommende Reichsgesetz nur ein Rahmen-gesetz sein wird, oder ob es darüber hinaus auch materielle Regelungen bringt. Wir haben allen Anlaß, so schnell wie möglich und mit allem Ernst die Fürsorge unserer Jugend in Angriff zu nehmen. Würden wir die Verabschiedung des Gesetzes jetzt hinausschieben, dann würde es auf Jahre hinaus niedertreten.

Abg. Fischer (S.): Wir legen, im Gegensatz zu den beiden ersten Rednern den allergrößten Wert auf die rasche Erledigung des Entwurfs.

Abg. Bethin (U.S.P.): Wir würdigen den Charakter und das Ziel dieses Entwurfs. Wir erheben keinen Widerspruch gegen die rasche Verabschiedung des Gesetzes. Was nicht für die Jugendämter aufgewendet wird, das werden Krankenhäuser und Zuchthäuser verschlingen.

Abg. Wurm (D.P.): Auch uns liegt der Entwurf sehr am Herzen, wir sind aber gegen die Dringlichkeit des Gesetzes. Das förmliche ein Staatswesen, das sonst die Fägel recht locker läßt, hier das Recht, so große Eingriffe in das Eigenleben zu machen? Die vor sozialdemokratischer Seite ausbreitete Ausgangsfreiheit der Dienstmädchen bis zum anderen Morgen steht nicht im Einklang mit dem Grundgedanken dieses Gesetzes.

Nach Genehmigung des Art. 1 wird abgebrochen und in die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs übergegangen, worüber Abg. Dr. v. Hieber (D.D.P.) berichtet.

Minister Dr. Lindemann gibt die Zusage, bei Gewährung des Urlaubs an Beamte zur Mandatsausübung nicht eiligerzugehen.

Ein Antrag, wonach der Landtagspräsident das gleiche Recht zur Einberufung des Landtags hat, wie der Staatspräsident, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder es verlangt, findet ohne Widerspruch Annahme.

Abg. Baille (D.P.) stellt folgenden Antrag: „Der Staatspräsident wird vom ganzen Volk gewählt; wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat; das Nähere bestimmt das Gesetz“ und führt u. a. dazu aus: Nur sehr wenige Leute sehen den tiefen Schlund der Anarchie, in der wir uns befinden. Nachteile der parlamentarischen Regierung sind Mangel an Energie, Abneigung gegen jeden Zwang den Industriellen gegenüber. Zwei Berufsstände werden von der Regierung verächtlich behandelt; und die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Landwirtschaft wird erweitert. Als dritter Nachteil kommt hinzu die Korruption der Beamtenschaft.

Abg. Fleger (U.S.P.): Wir stimmen dem ersten Teil des Antrags Baille zu, lehnen aber den zweiten Teil ab.

Minister Dr. Lindemann fragt: Was sollen ein Staatspräsident und daneben ein Ministerpräsident in unserem kleinen Lande anfangen, und was in einer Zeit, wo wir vor dem Staatsbankrott stehen? Ich kann dem Antrag Baille nicht beipflichten.

Prof. Dr. v. Linde: Ich mahne den Vorwurf zurückzuweisen, als ob die parlamentarische Regierung eine minderwertige Regierung sei und unter allen Umständen zu einer Milderung führen müsse.

Abg. Feuerstein (S.): Wir lehnen den Antrag Baille ab.

Abg. Dr. v. Hieber (D.D.P.): Wenn der Antrag angenommen würde, dann müßte die ganze Staatsform geändert werden. Ueberall, wo das parlamentarische System eingeführt wurde, hat es sich so bewährt, daß alle Abschaffungsversuche keinen Erfolg hatten. Und im Krieg hat sich dieses System aufs Beste erprobt. Es ist zuzugeben, daß das parlamentarische System hinsichtlich der Korruption der Beamtenschaft gewisse Gefahren in sich birgt.

Abg. Bodt (S.): Wir lehnen diesen Antrag ebenfalls ab. Der Antrag Baille wird hierauf abgelehnt, der erste Teil gegen die Stimmen der U.S.P. und D.P., der zweite Teil gegen die Stimmen der D.P.

In 80 Minuten der Auschuß einzusprechen: Die Beamten werden auf die Verfassung und die Gesetz verabschiedet.

Abg. Baille (D.P.): Das Trauergeleit, das die neue Regierung in dem Beamtenstand verlangt, hat in einem großen Teil der Beamtenschaft große Unruhe hervorgerufen.
 Abg. Dr. v. Hieber (D.D.P.): Eine Verpflichtung zur Arbeit auch mit nicht mehr ganz zeitgemäß.
 Der Auschußantrag wird angenommen.
 Nächste Sitzung Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Presse und Papierpreise.

Der 1. Oktober wird dem größten Teile der deutschen Zeitungsleser wiederum eine erhebliche Mehrausgabe für den Bezug ihrer Zeitung bringen. Waren bisher die streifenweisen Erhöhungen in den allgemeinen Teuerungsverhältnissen begründet, so liegen diesmal Ursachen zugrunde, die sich hätten vermeiden lassen. Vor allem hätte die Regierung den unerhörten Wucher mit Papierholz unterbinden sollen. Außerdem hat sie jetzt das Aufhören einer während des Kriegs für die Papierverfertigung der Presse geschaffenen Einrichtung angeordnet, die im Interesse der Öffentlichkeit unter allen Umständen für die Uebergangszeit noch hätte weiterbestehen müssen. Es ist der Allgemeinheit wohl kaum bekannt, daß der deutschen Presse in den letzten Jahren das Weitererhalten nur dadurch möglich war, daß unter Mitwirkung von Reich und Bundesstaaten durch eine Reichsstelle für die Sicherstellung des Papierbedarfs gesorgt wurde. Sie ermöglichte eine bevorzugte Belieferung der Zeitungs- und Druckpapierfabriken mit Kohlen und Papierholz und verhinderte so auch eine allzu starke Erhöhung der Papierpreise. Diese Reichsstelle soll am 1. Oktober aufgelöst werden. Die dringenden Vorstellungen der gesamten deutschen Presse haben nicht vermocht, die Regierung von der Notwendigkeit eines Weiterbestehens der Reichsstelle, die ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit geschaffen war, zu überzeugen. Die Tätigkeit der bisherigen Reichsstelle soll nun zu einem Teile wenigstens von einer privaten G. m. b. H. fortgeführt werden. Der Wert dieses Plans wird aber dadurch illusorisch, daß es dem überwiegenden Teil der deutschen Papiererzeugung beherrschenden Verband deutscher Druckpapierfabriken gelungen ist, schon jetzt den bestimmenden Einfluß in der neuen Gesellschaft an sich zu reißen. Und das mit Wissen des Reichswirtschaftsministeriums. — Gelingt es nicht, diese Bestimmungen zu verhindern, so tritt durch die bereits von den Fabriken unverblümt angekündigten Papierpreiserhöhungen eine Verteuerung des Lesestoffs ein, für den die Presse die Verantwortung unbedingt ablehnen muß.

(Köln. Blg.)

Eine Millionerabfindung.

Bekanntlich hatten die deutschen Baumwollwebereien während der Kriegswirtschaft ihre Erzeugnisse der Reichs-Terzil-Aktien-Gesellschaft — in dem heute so beliebten Indianerdeutsch „Ketag“ genannt — angeboten. Nach Abschluß des Kriegs gelangten die überflüssig gewordenen großen Speeresbestände an Garnen und Baumwolle an die Baumwollindustrie zur Verteilung, woraus etwa 82 Millionen Meter gewoben wurden. Davon beanspruchte das Reichswirtschaftsministerium (Wissel) 20 Mill. Meter zur Fortführung der Organisation für Minderbemittelte, weitere 20 Millionen waren der „Ketag“ zur Verfügung zu stellen, obgleich die Industrie wegen der Minderwertigkeit der Ware vor Fortsetzung der Zwangswirtschaft warnte. In den Sommermonaten kam der Rückschlag, zumal durch das „Loch am Rhein“ von Frankreich bessere Ware in großen Mengen herbeigekammet wurde. Die geringen deutschen Kriegswaren sanken im Preis erheblich und die Ketag weigerie sich jetzt, die 20 Millionen Meter abzuzwecken, sodann die Fabrikanten einen Verlust von 2-3 Mark am Meter hatten. Sie wandten sich wegen Schadenersatzes an das Reichswirtschaftsministerium, das ihnen eine Rückvergütung von 1 1/2 Mark für das Meter zuschickte, was bei den 20 Mill. Meter die Summe von 30 Mill. Mark ausmachte. Inzwischen sind aber die Preise, auch unter Einwirkung der sinkenden Wälua, wieder gestiegen und die Ware, die im Frieden 40-50 Pfg. das Meter kostete, wird jetzt mit 3-6 Mark verkauft. Daß die Industrie einschließlich der Abfindung von 1 1/2 Mark ein recht gutes Geschäft macht. Die Landeskonferenz Sachgen des Deutschen Textilarbeiter-Verbands hat gegen die Abfindung Widerspruch erhoben.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichte des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 16. bis 22. September 1919.

Pünktlich mit dem kalendernähigen Beginn des Herbstes ist kühle und feuchte Witterung eingetreten. Die Masse ist für die Einlaß, für die Rüben und für diejenigen Kartoffelsorten, deren Kraut noch nicht abgestorben ist, willkommen. Die Lieferungen in Brotgetreide an die Reichsgroßverteilung sind seit einiger Zeit gemäßigter, doch ist der Landwirt gegenwärtig so von allen Seiten durch die dringendsten Arbeiten bedrängt, daß selbst die hohe Preisprämie nicht überall so ausgenutzt werden kann, wie die Erzeuger es vielfach wünschen. Im freien Handelsverkehr geht Hafer fortwährend sehr viel nach dem Westen. Dessen Zufuhrbedarf war schon in Friedenszeiten enorm, wurde jedoch in der Hauptsache per Schiff oder Kahn durch Sendungen des Ostens hinwärts über Rotterdam und rheinwärts befriedigt. Jetzt erfolgt die Zufuhr allein durch die Eisenbahn. Am Berliner Markt ist der Absatz der Ankünfte an den Konsum ziemlich schwierig. Die Haferernte ist fast überall eine gute. Für Hülsenfrüchte ist die Kautschuk- und die Kautschukernte fast überall eine gute. Für Hülsenfrüchte ist die Kautschuk- und die Kautschukernte fast überall eine gute. Für Hülsenfrüchte ist die Kautschuk- und die Kautschukernte fast überall eine gute.

Neues vom Tage.

Reibungen in der bayerischen Regierung.

München, 24. Sept. Die bayerische Sozialdemokratie hat in einem Artikel der „Münchener Post“ das Anerbieten an die bürgerlichen Parteien gemacht, die Führung in der gemischten Regierung an das Zentrum abzutreten. Die Zentrumspresse antwortet darauf, daß ihrer Partei keine Verantwortung habe, den Vorsitz im Ministerrat anzunehmen. Sie müsse an dem festhalten, was sie schon bei Bildung der Koalitionsregierung betont habe, daß sie nämlich unter keinen Umständen beauftragt werden dürfe für die Sünde des Geschehenen, deren Aufdeckung ihr unangenehmer Weise zugefallen sei. Die „Münch. Post“ hinwiederum entgegnet, es sei verfehlt, die Stellung der Sozialdemokratie in dem gemischten Ministerium origines anzugreifen und durch Verabredungsbündnisse zu erschweren. Man solle nicht die Bereitwilligkeit zu späterer Mitarbeit auf diese Weise auf die Probe stellen.

Schulstreik.

München, 24. Sept. Der Schulstreik in München ist noch nicht beendet. Die Verhandlungen zwischen dem Stadtrat und den Kommissionen der katholischen Elternvereinigungen wegen der Simultanisierung bestimmter Schulen dauern auf der Grundlage der neuen Vermittlungsvorschläge noch an. Am Donnerstag soll eine Entscheidung getroffen werden. Bis dahin nehmen die Schüler der betreffenden Schulen an dem Unterricht nicht teil.

Landarbeiterstreik.

Kiel, 24. Sept. Im Kreise Eiderförde ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Nur dadurch, daß die Bauern der umliegenden Dörfer die Fütterung und das Weiden der Kühe besorgen, ist die Belieferung von Kiel mit Milch möglich.

In der Thorneer Weichselniederung ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen.

Berlin, 24. Sept. Ein Teil der Landräte Pommerns hat seine Ämter der Regierung zur Verfügung gestellt.

Streik des Seelente.

Stettin, 24. Sept. Die hiesigen Seelente sind aus Sympathie für die Hamburger und Bremer Seelente ebenfalls in den Streik getreten.

Berlin, 24. Sept. Der „Vorwärts“ glaubt zu wissen, daß die kommunistische Bewegung in Polen stark um sich greife. In Lodz verurteilten die Arbeitslosen einen Krawall, bei dem es verschiedene Verletzte gab.

Die deutschen Truppen im Baltikum.

Osaka, 24. Sept. Aus London wird gemeldet:

Unter dem Bauernkittel.

Von L. Ernesti.

Sah man Martin Dalenkamp, so konnte man sehr wohl den Stolz des Vaters, den Triumph der Mutter begreifen, denn er war in der Tat der schönste junge Burche auf Meilen in der Runde, dabei tätig, fleißig von früh bis spät und stets bedacht, den Eltern ihre Liebe zu vergelten. Groß, schlank, blond, mit lichten blauen Augen und von blendend frischer Gesichtsfarbe, vertrat er in seiner ganzen äußeren Erscheinung den Typus des westfälischen Volkes, war auch ernst, still, langsam und bedacht, wie die Kinder jenes Landes mehr oder minder sind.

Der zweite Sohn, Andreas, fast fünf Jahre jünger als Martin, war der völlige Gegensatz des Bruders, nicht allein im Äußern, auch in Charakter. Mit Augen, dunkel wie die Nacht, verband er Haar und Hautfarbe, die beide einem Südländer hätten zur Ehre gereichen können. Er hieß im Dorfe und der Umgegend auch nur der „Schwarze Andreas“, und dieser „Schwarze Andreas“ macht als Kind und Jüngling den Eltern durch seine tausend wilden Streiche viel Sorge und selbst Kummer. Kein Baum zu hoch für ihn, kein Bach zu tief, und mehr denn zehnmal war er als Knabe dem Vater für tot ins Haus gebracht, wenn die schwanke Leiste der Baumkrone ihn nicht getragen und er zu Boden gestürzt oder mühsam unter dem Eise hervorgezogen worden, in das er eingebrochen war.

Trotz seiner Wildheit hatte er das beste Herz der Welt, und, um die Wahrheit zu gestehen, hatten nicht nur die jungen Diener den „armen“ Andreas lieber, als den „reichen“ Martin, auch die Mütter und Väter, außer seinen Eltern, sagten schmunzelnd: „Das ist ein echter Burche!“

Daß die Eltern den sanften stillen Martin gar so sehr liebten und den Erstgeborenen als einzig Wunder in der weiten Welteswelt hinstellten, das tat dem schwarzen Andreas oft weh. Mochte er als ein in den Sitten

Amlich wird erklärt, daß der hej der allierten Mission in den baltischen Provinzen, der englische General Hough, dem Befehlshaber der deutschen Truppen, General v. d. Goltz, das dritte Ultimatum von Marschall Joch überreicht habe, worin die sofortige Räumung dieser Gebiete und die Auslieferung des sämtlichen Kriegsmaterials an die Alliierten verlangt wird. Anfangs war v. d. Goltz über dieses Ultimatum sehr erregt, aber schließlich erklärte er, nachgeben zu wollen. Der letzte Teil der Forderungen ist jedoch immer noch nicht durchgeführt. Das Heer des Generals v. d. Goltz soll gegenwärtig über 100 000 Mann zählen.

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen, 24. Sept. Die Eisenbahnverkehrsverhältnisse haben sich im Lauf der letzten Woche weiter verschlechtert. In den letzten Tagen ging die Wagengestellung, die Anfang des Monats 17 500 Wagen werktätlich betragen hat, auf fast 13 500 zurück. Gleichzeitig stieg die Fehlziffer auf rund 10 000 Wagen. Die Fehlen müssen infolgedessen die Förderung in verstärkter Maße auf die Halben nehmen. Eine Besserung ist anscheinend in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, da der Zulauß an Leerräumen dauernd sehr gering und Anfang Oktober das Einfließen der Röhrentransporte zu erwarten ist. Zudem werden die Transportverhältnisse auf dem Rhein infolge niedrigen Wasserstands dauernd ungünstiger. Arbeitstätigkeit wurden im Duisburger Hafen 15 400 Tonnen gekippt. Der Brennstoffumschlag der Kanalochsen, der in der Vorwoche 22 600 Tonnen arbeitstätig betragen hat, konnte auf rund 25 400 Tonnen im Tagesdurchschnitt gesteigert werden. Die Umschlagssziffer der letzten Tage näherte sich sogar der seit Beginn dieses Jahres erzielten Höchstleistung von 27 500 Tonnen. Obwohl hiervon auch ständig größere Mengen nach dem Westen abgingen, sind die gesamten Brennstoffverschiebungen rheinwärts nur sehr gering. Leider hat der im Kanal zur Verfügung stehende Zeitraum inzwischen eine starke Verminderung erfahren, sodaß wieder mit einem Rückgang des Kanalverkehrs gerechnet werden muß.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 24. Sept. Der französische General Mangin hat nach Rücksprache mit dem Verband mitgeteilt, die (abtrünnige) Republik Virentfeld sei von den Verbündeten anerkannt; sie unterstelle sich dem Oberpräsidenten der Rheinlande, eine obdenburgische Regierung gebe es in Virentfeld nicht mehr.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 23. Sept. Gesiern haben die Besichtigungstreffen der deutschen Sachverständigen für den Wiederbau des zerstörten Gebietes begonnen.

Paris, 24. Sept. Der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, daß kommende Woche im amerikanischen Senat eine erste Abstimmung über den Friedensvertrag erfolgen werde und zwar über den Antragsantrag, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten im Völkerbund die gleiche Stimmenanzahl erhalten sollen, wie das britische Weltreich. Dieser Antrag finde beim amerikanischen Volk stärksten Widerhall. Deshalb hoffe die Opposition, daß er angenommen werde und daß damit der Weg für weitere Abänderungen geebnet sei, sodaß Wilson gezwungen werde, den Friedensvertrag zurückzuziehen. Der Berichterstatter teilt ferner mit, daß General Pershing im Begriff stehe, sich gegen den Völkerbund zu erklären; wenn er diese Erklärung abgebe, so würde er ein früher Mandat für die Präsidentenschaft werden können. Auch unter den aus Frankreich zurückgekehrten Soldaten treiben Vitschriften, die sich gegen die Genehmannung des Friedensvertrags ausprechen.

Clemenceau reist nach Amerika?

Newyork, 24. Sept. „Newyork World“ erzählt von ihrem Pariser Berichterstatter, es sei wahrscheinlich, daß Clemenceau und Marschall Joch im Dezember Amerika einen Besuch abstatten werden.

Immer schöner!

Paris, 24. Sept. Minister Loucheur erklärte in der Kammer bei der Beratung des Friedensvertrags,

der Vater Erzeugener und für alle westfälischen Gebirge blind Eingemommener auch keinen Anspruch an einen Fiegel oder Stein auf dem ganzen Hofe, so doch an die Liebe der Eltern und diese besaß und behielt uneingeschränkt Martin. Inbeß klammerte es ihn seit der Zeit nicht mehr so tief, wo eine Schwesertochter seiner Mutter, ein armes, verwaistes Bovernmädchen, auf den Hof kam und diese kleine Anne seine Spielgefährtin wurde.

Vier Jahre machten die kleine Anna zu einem großen, schlanken Mädchen und ehe Andreas zum Militär kam, verlobte sich der achtzehnjährige Jüngling mit ihr. Sie beschloßen, den Bund ihrer Herzen geheim zu halten, bis Andreas seine Dienstzeit vollendet und in die Heimat zurückkehrte. Sie ahnten nicht, daß einzelne um dies Verlöbniß wußten.

Die Claußen-Anna vom Hofe, wie das Mädchen unter den Bewohnern des Dorfes hieß, entfaltete sich zu einer immer blendenderen Schönheit und vielleicht ein Jahr, nachdem Andreas fort, hat Martin seine Eltern, ihm das Mädchen zum Weibe zu geben. Martin's Wunsch war den Eltern Geheg und hätten sie es vielleicht auch lieber gesehen, daß er die Tochter des reichen Schulzen heiratete, die dem hübschen Erben sehr gewogen war, so wagten sie doch nicht, dem Liebling ihres Herzens einen Wunsch zu verjagen und die reiche Hofbesitzerin verlor daher ihrer armen Schwesertochter unter Tränen der Freude das ihr bevorstehende Glück.

Wie erschral die gute Frau, als die schöne Anna für die Ehre dankte und versicherte, sie liebe Martin nicht genug, um sein Weib zu werden! Martin aber, der „hille, sanfte Junge“, wie seine Eltern ihn nannten, der nebenan laufliege, geriet außer sich. Fest preßte er die Lippen aufeinander, noch krampfhafter die Hände zusammen; aber ruhig lächelnd trat er wenige Augenblicke später in die Kammer zu Mutter und Vase und sagte freundlich: „Aberreden sollst ihr die Anne nicht, liebe Mutter, denn sagt sie nicht gern ja, so ist's besser, ich nehm' eine andre zur Frau.“

Deutschlands Verpflichtung zur Bezahlung der Zinsen für die Entschädigungssummen laufe vom November 1918 an. Deutschland habe mit den Kohlenlieferungen bereits begonnen müssen und zwar mit 15 000 Tonnen täglich. (Vergleich der Friedensvertrag noch nicht in Kraft ist. D. Schr.)

Deutsche Großschiffe an England.

London, 24. Sept. Nach Blättermeldungen aus Newyork wurden die großen deutschen Schiffe Imperator, Patricia und Pretoria von den Vereinigten Staaten an England abgetreten; auch die Dampfer Graj Waldsee, Mobile, Cap Finistere und Kaiserin Auguste Victoria sollen England übertragen werden.

Fehlbetrag der Schweizer Eisenbahnen.

Bern, 24. Sept. Der Vorschlag der Bundesbahnen sieht für 1920 einen Ausgabeüberschuß von 47 216 370 Franken vor. Zusammen mit dem Abgang der früheren Jahren ergibt sich auf das Jahr 1920 ein mutmaßlicher Abmangel von 230 917 505 Franken. Für Bauausgaben im Jahre 1920 ist eine Summe von 122 Mill. Fr. vorgesehen, wovon 51 1/4 Mill. für die Einführung des elektrischen Betriebes und 40,15 Mill. für die Anschaffung von rollendem Material bestimmt sind.

10 Prozent Gewinn.

Prag, 24. Sept. Die tschechische Nationalversammlung ermächtigte den Finanzminister, die 1 und 2 Kronen-Noten „zurückzukaufen“ zum Preis von 90 und 180 Heller und dafür neue Noten auszugeben.

Sozialisierung in Dänemark.

Kopenhagen, 24. Sept. „Sozialdemokraten“ veröffentlicht den Entwurf zu drei Gesetzesvorlagen, durch die den Schwierigkeiten der jetzigen wirtschaftlichen Lage abgeholfen werden soll. In der ersten Vorlage werden sämtliche gewerbliche Unternehmungen einer staatlichen Kontrolle unterstellt, der zweite Entwurf behandelt die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung aller Betriebe und das dritte Gesetz soll den Warenwucher bekämpfen, indem es den Verdienst des Wiederverkäufers gesetzlich regelt.

Krisis in Italien.

Vera, 24. Sept. Tittoni soll nach Mailänder Blättern bereit sein, im Kabinett Ritti zu bleiben. — Die Reformsozialisten fordern ihre Anhänger, auf, bei der Demobilisierung die Uniformen nicht abzugeben und eine Organisation der Demobilisierten zu bilden (um für alle Fälle bereit zu sein. D. Schr.).

„Perserveranza“ meldet aus Rom, Wilson weigere sich, auf das zwischen England, Frankreich und Italien getroffene Abkommen zu antworten, solange Annunzio in Rom sei.

Annunzio forderte in einer Rede außer der Stadt Rom und deren Landgebiet auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Lösung sei unannehmbar.

Italienische Zollschranken.

Rom, 24. Sept. Eine Regierungsverordnung erhöht den bestehenden Zollsatz bis zu dessen Neuaufstellung (die im Dezember d. J. erfolgen soll) durch Zuschläge durchschnittlich um das Doppelte. Besonders stark werden Farbstoffen und andere vorzugsweise aus Deutschland kommende Waren betroffen. In der Begründung wird gesagt, es sei notwendig, Italien vor der Ueberflutung mit fremden (deutschen) Waren zu schützen.

Streit in Amerika.

Haag, 24. Sept. Die Vertreter der vereinigten Bergarbeiter in Cleveland haben sich gegen einen Sympathiestreik mit den ausländigen Stahlarbeiter ausgesprochen.

Nach Blättermeldungen aus Pittsburg wurden bei den Zusammenstößen in der Nähe der Carnegie-Stahlwerke 10 Personen, darunter 2 Frauen, erschossen. 400 Ausständige griffen die Arbeiter an.

Kapitalistenjorgen.

Washington, 24. Sept. Die Blätter melden, daß

Diese Worte halfen ihm mehr voran im Herzen des Mädchens, als die demütigste Bitt. Es traukte und verletzte sie nicht wenig, daß der reiche Bruder so schnell Abstand nahm, von seinen Wünschen, während der arme Andreas seit ihrer Kindheit sich um ihre Zuneigung beworben und, ehe sie sich ihm verlobt, Wogen, Monde um das Versprechen der Treue gebeten hatte und nicht müde geworden war, ihr seine heiße Liebe in berebter Weise zu schildern.

Der stille, bedächtige Martin kannte aber das junge Mädchen besser, als der leidenschaftliche und verblendete Bruder. Wohlweislich fiel er Anna daher nicht mit glühender Bewerbung zur Last, bat auch seine Mutter inständig, nichts in der Angelegenheit zu tun und bewies der Waise, daß er sich ihre Weigerung nicht im mindesten zu Herzen genommen.

Ging oder fuhr er künftig zur Stadt, so brachte er ihr die schönsten silbernen Niederspannen oder das feinste Tuch zu Kleidern mit, er schenkte ihr die hübschesten Schuhe, die schwersten Bänder und überreichte ihr alles mit den einfachen Worten: „Damit Du siehst, daß ich Dir nicht gram bin, Anne!“

Das beleidigte Mädchen hatte dem so schnell erkalteten Bewerber gern manchmal all die herrlichen Sachen vor die Füße geworfen, so ärgerte es seine Ruhe. Es liebte jedoch den Bug und wußte nur zu gut, wie hübsch die schöneren Schuhe an ihren kleinen Füßen ausfallen und wie herrlich die Bänder zu ihrem reichen, blonden Haare standen. So dankte Anne denn immer heiterer für die Gaben, dankte nach Jahresfrist sogar sehr warm dafür und zugleich mit einem Lächeln und Erröten, das auf den stillen Martin bezaubernd wirkte.

Er war aber zu bedächtigt, um sich nur von Lächeln und Erröten bestechen zu lassen, zu klug, um das für genügend in einem so schwankenden Herzen zu halten, als welches er das der Waise nun kannte. So machte er denn noch andere Proben, um sich von der Signesänderung Anne's zu überzeugen, er nahm



in amerikanischen Finanzkreisen eine Einstellung der Aktien, die Amerika von den fast 10 Milliarden Dollars Schulden der europäischen Verbündeten zu fordern hat, ernstlich erwogen werde. Sie sind davon überzeugt, daß die Verbündeten in Europa gar nicht in der Lage sind, die Zinsen lange zu bezahlen. Um die wirtschaftliche Lage dieser Verbündeten zu bessern, erwäge man die Aushebung der Zinszahlung auf lange Zeit. Possibilisten sehen bereits einen Teil des amerikanischen Guthabens in Europa als verloren an, da außer England keines der Verbündeten finanziell stark genug sei, um während der nächsten 20 Jahre zu bezahlen.

Das Vermögen des Kaisers.

Eine aus Vertretern der preussischen Ministerien zusammengesetzte Kommission verhandelt seit längerer Zeit mit einem Vertreter des Kaisers Wilhelm über die finanzielle Abfindung. In Betracht kommen drei Klassen von Vermögensobjekten: einmal solche Werte, die zweifellos Privateigentum des früher regierenden Hauses sind, dann solche, die als Staatsvermögen angesehen werden müssen, und drittens die unbestimmten Werte, deren Einreihung in die eine oder andere Kategorie schwierig ist.

Das Privatvermögen der Hohenzollern ist sehr beträchtlich. Man wird es auf weit über 300 Millionen ansetzen müssen. Außer sehr beträchtlichem Grundbesitz sind mehr als 100 Millionen in Aktien und Hypotheken angelegt. Nebenbei sei bemerkt, daß auch Wilhelm II. zur Vermehrung dieses Vermögens erheblich beigetragen hat. Ganz besonders sieht in Frage, wie die Kronrente abgelöst werden soll. Es handelt sich dabei um die im Jahre 1821 dem Staat überwiesenen Domänen, für die dem König eine jährliche Rente von 2½ Millionen Tälern gewährt wurde. Nach dem Vorschlag des Vertreters der Krone soll diese Rente mit dem Hofstaatsbudget abgegolten werden und die sich dabei ergebenden 92 Millionen sollen als Reichsnotopfer auf das Privatvermögen verrechnet werden. Dieses Privatvermögen selbst würde dann ungeschmälert bleiben.

Die königlichen Schlösser — über 70, von denen etwa 25 in Berlin oder seiner näheren Umgebung liegen — werden derzeit vom preussischen Finanzministerium verwaltet. Da sie bisher nur zum kleinsten Teil benutzt wurden, so werden sie größtenteils zur Milderung der Wohnungsnot mit herangezogen.

Württembergischer Landtag.

(-) Stuttgart, 24. Sept.

Die heutige Sitzung beschäftigt sich ausschließlich mit dem Jugendfürsorgegesetz und zwar den Artikeln 2—6. Bei Art. 3, der von den Aufgaben der Jugendämter handelt, kam ein Kompromißantrag Dr. Etter (D.D.P.) zur Annahme. Danach umfaßt die Tätigkeit der Jugendämter u. a. die Förderung und wenn nötig die Schaffung von Einrichtungen des Mutter- und Kinderschutzes, der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Bei Art. 4 wurde ein Referendumantrag, wonach der Gemeindevorstand neben dem Jugendamt bestehen bleiben soll, mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt, wobei die Demokratie und Bürgerpartei gespalten abstimmten. Es bleibt also bei dem Ausschussantrag, wonach die Geschäfte des Gemeindevorstands auf die Jugendämter übergehen. Bei Art. 6, der von der Zusammensetzung der Jugendkommission handelt, ist zu dem außer den Ausschussmitgliedern noch sechs weitere Mitglieder einzuwählen, wurde die Beratung abgebrochen. Morgen Donnerstag 10.30 Uhr findet im Landtagsgebäude die dritte Lesung der Verfassungsurkunde in feierlicher Weise statt.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 24. Sept. Mandatsablehnung. Dr. Elsas hat das Landtagsmandat für den verfl. Abg. Gaiser (Dem. P.) abgelehnt.

(-) Stuttgart, 21. Sept. Gassperre. Die Gassperre ist mit Unterbrechung der Stunden von 5 bis 1/8 Uhr früh, 11 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 1/2 Uhr abends nunmehr schon auf 4 Tage (Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag) ausgedehnt worden.

(-) Stuttgart, 21. Sept. Arbeitsmarkt. Im August kamen auf 100 offene Stellen 133 Stellenjuchende (im Juli 138).

Wald diesem, bald jenem hübschen Mädchen im Werte wandte sich dann der Schulzendentochter wieder zu und erklärte fortan Monate hindurch, während er immer häufiger den Schulzendentochter besuchte, daß dort doch die erste Schönheit von Westfalen sei, und das in Gegenwart der reisenden Anne, die längst einstimmig für die Krone aller schönen Mädchen erklärt worden war. Hatte doch außer Andreas sogar ein Maler gesagt, sie sehe aus, wie eine Madonna und gab's, wenn sie zur Stadt kam, nicht einen vornehmen Herrn, der sie nicht voll Ueberdrehung angesehen oder nicht eine Begleiter laut ein Wort der Bewunderung zugerufen! Und nun sollte die Schulzendentochter mit ihrem plumpen Bericht, ihren breiten Füßen, hübscher sein, als sie! o das war unerträglich und sie zankte sich eines abends auch tüchtig mit Martin über diese Behauptung.

Um das Maß ihres Mergers voll zu machen, sah die Schulzendentochter seit dem jungen Hofbesizers Annäherung die schöne Anne stark über die Schulzendentochter an und sagte ihr sogar eines Morgens: „Wenn Martin heiratet, wird dich die neue Frau sicher nicht im Hause behalten.“ Weinend sah am Abend dieses Tages, einem milden schönen Abend gegen Ende des Frühlings, die schöne Anne am Saum des Eichenwäldchens, weinte über der hochmütigen Schulzendentochter Worte, die ihr in Aussicht stellten, den Hof der Tante verlassen zu müssen, weinte auch, weil Andreas lange nicht geschrieben, hauptsächlich aber flossen ihre Tränen doch dem Umstande, daß die Dorfleute erzählten, Martin würde bald ireuen. Wie sie so sinnend nach grübelnd darauf, von fern den schönen Hof sah, dessen Herrin sie hätte sein können, da kam Martin eilig über den Fußpfad zwischen den Feldern daher.

„Ich gehe dem Boten entgegen!“ rief er Anne zu und wollte ohne weitere Erklärung an ihr vorüber. „Bringt er Dir etwas mit?“ fragte sie aufstehend und trat ihm näher.

(-) Stuttgart, 24. Sept. (Schwindler.) Der 19jährige Fritze August Harr von Sindelfingen wurde wegen verschiedener Gasthausdiebstähle und Schwindeltaten in der Ludwigsburger Gege. b zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

(-) Stuttgart, 23. Sept. (Selbstmord.) Am 20. September wurde aus dem Redar in Cannstatt die Leiche eines seit acht Tagen fehlenden Schreibers aus Innsbrunn gefunden. Es liegt Selbstmord vor.

(-) Renningen, N. Leonberg, 23. Sept. (Vergiftet.) Der Gasmeister L. Köhler erlitt auf der Wasserpumpstation bei dem letzten Gewitter eine starke Gasvergiftung und wurde bewusstlos ins Krankenhaus gebracht, wo er verstorben ist.

(-) Weilderstadt, 23. Sept. (Hopsenernte.) Die rege Kaufstift hält an. Geboten wird für 50 Kilogramm saubere Ware 500 Mark nebst Trinkgeld.

(-) Baihingen-Guz, 24. Sept. (Gute Beute.) Nachdem am letzten Freitag der Bäckermeister Brandauer aus Pinache auf der Straße Engweihingen-Großaltdorf mit acht Säcken Weizen erwischt worden ist, ist diesmal sein Sohn in die Falle gegangen. 8 1/2 Zentner Weizen und 1 Zentner Fleisch konnten ihm in Ruffdorf abgenommen und dem Kommunalverband zugewiesen werden.

(-) Hall, 24. Sept. (Warenzurückhaltung.) Wegen Preistreiberi und übermäßiger Preissteigerung hat die Strafkammer den 50 Jahre alten, verheirateten Kaufmann Bahl von Hall zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der übermäßige Gewinn in Höhe von 2500 Mk. und der Erlös eines beschlagnahmten Warenlagers von etwa 30 000 Mk. wurde eingezogen. Bahl hat als Inhaber eines Mode-, Manufakturwaren- und Aussteuergeschäftes Gegenstände des täglichen Bedarfs unter seinen Waren zurückgehalten, um durch späteren Verkauf höhere Preise zu erzielen. So hat er für mindestens 10 000 Mk. Ware verkauft. Bei der Geschäftsverflechtung land man noch Waren im Verkaufswert von 27518 Mk., an denen der Angeklagte mindestens 8160 Mk. mehr als zulässig zu verdienen beabsichtigte. Er verteidigte sich damit, daß er nur getan habe, was andere Kaufleute auch getan hätten. Die Ware habe er zurückgelegt, um seiner langjährigen Kundschaft neben der geringen Kriegsware auch eine gute Friedensware bieten zu können. Er habe keineswegs übermäßige Preise gefordert, denn er hätte sein ganzes Lager an Friedensware auf einmal an Großkaufleute viel teurer verkaufen können.

(-) Oberndorf a. N., 23. Sept. (Die Schließung der Waffenfabrik Mauser.) Der Staatsanwalter schreibt: Am 14. September wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Fabrikdirktion und der Arbeiter-Delegierten vor dem Arbeitsministerium die beabsichtigte Schließung der Mauserschen Fabrik beraten. Von der Fabrikleitung wurde betont: „Seit Beginn der Revolution sei ein Betriebsverlust von rund 5 Millionen Mark eingetreten. Die von der Firma aufgenommene Möbel- und Werkzeugfabrikation habe sich als vollständig unrentabel erwiesen. Zur Fabrikation von Eisenbahnwagen und Lokomotiven eigne sich die Fabrik nicht; nur 2 Proz. aller kalkulierten Aufträge bekäme die Fabrik und diese seien zudem noch unzulänglich. Der Waffenerzeugung ständen aber die Friedensbedingungen entgegen.“ Von Arbeiterseite wurde der Fabrik der Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig und in nicht geschickter Form den Versuch gemacht habe, den Betrieb umzustellen, sie stelle die kapitalistischen Interessen dem Wohl der Arbeiterschaft voran. Die Firmendirektoren erklärten sich bereit, den Schließungstermin auf Mitte Oktober hinauszuschieben mit der Bedingung, daß der Angefallenen und Arbeiterauschuss vor Ende September der Firma bestimmte Vorschläge darüber mache, wie nach Ansicht der Arbeitnehmer der Betrieb lebensfähig erhalten werden könne. Die Firma will ferner bei der Schließung, vorausgesetzt, daß keine Gewalttätigkeiten vorkommen, allen Arbeitern ausnahmslos den Lohn auf 14 Tage weiter zahlen, ferner nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen, unter grundsätzlicher Ausschließung der Ledigen an die Arbeiterschaft eine Summe verteilen, die dem Lohnbetrag von vier Wochen für die gesamte Belegschaft entspricht, endlich auf die Mietzahlung derjenigen Arbeiter, die in Mauserschen Siedlungen wohnen, bis zum 1. Mai 1920 verzichten, falls die betreffenden Leute bis dahin keine Arbeit finden. Diese Zusagen würden, ungerade der an Meister und Beamten, etwa ¼ Millionen Mark ausmachen.

(-) Crailsheim, 23. Sept. (Pferdemarkt.) Der erste Pferdemarkt hier war gut besucht und überaus zahlreich besucht. Es waren weit über 200 Pferde zum Verkauf gestellt. Der Handel war lebhaft. Die Preise bewegten sich für Fohlen von 2000—6000 Mk., für Arbeitspferde von 4000—10 000 Mk. Bei der Prämierung der besten verkauften Arbeits- und Jagdpferde, sowie Fohlen durch die vom Gemeinderat und Landw. Bezirksverein gebildete Preiscommission wurden 14 Preise im Gesamtbetrag von 500 Mk. vergeben.

(-) Crailsheim, 24. Sept. (In der Notwehr erschossen.) 30—40 Zigeuner gerieten nach dem Pferdemarkt in einen Streit, der zu einer schweren Schlägerei und Schießerei ausartete. Als der Polizeiwachmeister die Rädeleführer festnehmen wollte, drangen diese mit Säbden auf ihn ein. Der Wachmeister wollte einen Schredschuß abgeben, traf aber einen Zigeuner tödlich in den Kopf. Dann wurden sechs Rädeleführer verhaftet, während die übrigen Zigeuner entflohen.

(-) Ainzelsau, 24. Sept. (Ein Opfer seines Berufs.) Im Elektrizitätswerk Buchenmühle wurde im Maschinenraum der Werksführer Karl Eckert tot am Boden gefunden. Der tüchtige Mann, der das Beck seit seiner Gründung mit Eifer und Geschick versah, war offenbar der Dynamomaschine zu nahe gekommen und hat dabei seinen Tod gefunden.

(-) Troßingen, 24. Sept. (Beendigung des Streiks.) Die Holzarbeiter haben sich mit geringer Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden. Sie erhalten eine Zulage von 40 bzw. 30 Pfg. in der Stunde mit Wirkung vom 1. September ab. Die Juni

1. November müssen die Löhne nach dem Bundesgesetz der Holzindustrie geregelt sein. Auch Ferien werden gewährt. Die Arbeitszeit dauert 48 Stunden in der Woche.

(-) Oberndorf, 24. Sept. (Bauernorganisation.) Die Bauernvereinsbewegung am oberen Neckar nimmt einen großen Aufschwung. Bereits wurde für den Schwarzwald ein eigener Sekretär (Baier) in Rotweil aufgestellt. Auf einer Versammlung in Badmünchingen am Sonntag nachmittag wurde die Gründung einer Lagerhausgesellschaft beschlossen, die zunächst genossenschaftliche Lagerhäuser in Oberndorf und Schramberg errichten wird. Bei einer weiteren Versammlung am selben Tage konnten so viele neue Mitglieder aufgenommen werden, daß die bisherige Mitgliederzahl sich verdoppelte.

(-) Schweningen, 24. Sept. (Einbruch.) Im Büro der Firma Fuch und Schmid wurde bei einem nächtlichen Einbruch eine Kasse mit Geld und Papieren gestohlen. Man fand sie am andern Morgen offen vor dem Postamt auf.

(-) Ravensburg, 24. Sept. (Diebesbande.) Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Karl Widmer von hier und sechs Diebesgesellen, darunter den wegen Raubmords zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilten Kalkschwabh, wegen zahlreicher Verurteilungen der Eisenbahnwagen auf dem Gärtbahnhof zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 3 Jahren.

(-) Vom Bodensee, 24. Sept. (Neuer Bürgermeister.) Zum ersten rechtskundigen Bürgermeister von Lindau wurde der ehemalige Lindauer Rechtsanwalt und gegenwärtige rechtskundige Bürgermeister von Rothenburg o. b. Tonber einstimmig gewählt. Er war der Kandidat der drei maßgebenden politischen Parteien.

Baden.

(-) Karlsruhe, 24. Sept. Das Kultusministerium hat die Schulleitungen ersucht, an der Fürsorge und bei den Empfängen der heimkehrenden Kriegsgefangenen in geeigneter Weise mitzuwirken und die älteren Schüler und Studenten beizuziehen.

(-) Karlsruhe, 24. Sept. Der Schreiner Peter Scharyp aus Karlsruhe war hier bei der Volkswehr beschäftigt und sollte einen Lazarettzug bewachen. Er benutzte die Gelegenheit, um daraus Wein und Konerven zu stehlen. Die Strafkammer verurteilte ihn deshalb zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zu 5 Jahren Ehrverlust; den Volkswehrmann Philipp Franz Dantes aus Karlsruhe, der sich von den gestohlenen Sachen geben ließ, wegen Fehleri zu 6 Monaten Gefängnis.

(-) Rappenhau, 24. Sept. Spielende Kinder zündeten hier die Epen- und Strohvorräte der Aktiengesellschaft Heilbronner Gutsverwaltung an. Hierdurch brannten die Scheunenanlagen bis auf den Grund nieder. Der Gebäudeschaden beträgt 30 000 Mk., der Fahrtschaden 32 000 Mk.

(-) Ottenheim, 24. Sept. In der Gemeinde Ringsheim sind seit einiger Zeit mehrere Brände vorgekommen. In Herbolsheim und in Grafenhausen erlitten Landwirte Drobkriege, wenn die Landwirte ihrer Ablieferungs-pflicht nicht nachkämen, würde ihnen der Rote Dahn auf das Dach gesetzt. Das Bürgermeisteramt hat eine Belohnung von 100 Mk. für die Ermittlung der Brandstifter ausgesetzt.

(-) Obergimpen bei Neckarbischofsheim, 24. Sept. Bei einem schweren Gewitter schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Heinrich Haffelsfelder. Dieselbe wurde ein Raub der Flammen. Außer Früchten und Heu fielen dem Feuer verschiedene landwirtschaftliche Geräte zum Opfer. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 70 000 Mark.

(-) Villingen, 24. Sept. Hier sind Diebstähle von Edelmetallen im Gesamtwert von 10 000 Mark vorgekommen. Die Ortskrankenkasse Pforzheim will das Wohlthuns-Linthe als Gewerkschaft für männliche Mitglieder erwerben.

(-) Eßenburg, 24. Sept. In bedrohlicher Lage befand sich am Sonntag nach der Aufsichtsbearbeitung des Personenaufhofs hier. Nach Antritt des ziemlich verspäteten letzten Personenzugs von Freiburg erschienen etwa 50 junge Herren auf dem Fahrdienstzimmer und verlangten unter Zuhlen, Sämpfen und Bedrohungen die Weiterbeförderung mittels Sonderzugs nach Karlsruhe. Dies ist weder zulässig noch technisch durchführbar. Erst nach längeren Verhandlungen verstanden sich die Demonstranten dazu, von ihrem Verlangen abzusehen. Der Personenzug und Ruhe des Aufsichtsbearbeiters ist es zu verdanken, daß es ohne weitere Zwischenfälle verlaufen ist.

(-) Heberlingen, 24. Sept. Eine Versammlung der auch Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen anwohnten, fasste eine Entschließung, die anerkennt, daß die Zwangswirtschaft des Getreides zurzeit nicht aufgehoben werden könne.

Die Bevölkerung Frankreichs geht, worauf jetzt auch das schwedische „Svenska Dagbladet“ hinweist, stark zurück. Im Jahr 1913 hatte Frankreich 604 800 Lebendgeburtten, 1914 594 300, 1918 361 000. Nach amtlicher Feststellung betrug die Kindersterblichkeit in Paris im Vororten 1914 10 Prozent, 1918 40 Prozent. Die Einwohnerzahl dieses Departements betrug 1918 4 155 000, 1914 4 1/2 Millionen. Der Rekrutenjahrgang 1918 wird in ganz Frankreich seinerzeit etwa 100 000 Mann betragen, statt 225 000 bis 250 000 Mann wie bisher. Die Geburtenzahl Italiens ist in den letzten Jahren etwa doppelt so hoch gewesen wie die Frankreichs und in Spanien betrug sie im Jahr 1918 über 600 000.

Schärfliche Kur. Auf eigenartige Weise ist der Schmelz von Selgendorf bei Bamberg ums Leben gekommen. Er hatte des öfteren wegen rheumatischer Schmerzen Linderung im gebirgigen Dachstein gesucht. Dieser Tage machte er es wieder so, kam aber nicht mehr lebend heraus. Oesterreichische Lokomotiven. Infolge der Verkleinerung des österreichischen Staats durch den Friedensvertrag wird dort Eisenbahnmateriale überflüssig. Davon übernahm die preussische Staatsbahn einen Teil. In der Folgezeit sollen auch andere Länder davon profitieren.



Wildbad, 25. Sept. Durch den Rücktritt des demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Elsas wird unser früherer Abgeordneter Sägewerksbesitzer Commerell-Höfen in den Halbmondsaal einziehen.

Wildbad, 24. Sept. Wie der Staatsanzeiger meldet, wurde Herr Stadtpfarrer Köster in den Ruhestand versetzt.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 24. Sept. Die Verhandlung gegen Gsell und Genossen wurde heute zu Ende geführt. Nach 1 1/2-stündiger Rechtsbelehrung zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück, diese dauerte volle 4 Stunden. Es wurden für schuldig befunden: Gsell des einfachen Aufruhrs in

einer Handlung zusammentreffen mit einem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung. Beckbissinger eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung. Schilling des einfachen Aufruhrs, in einer Handlung zusammentreffend, mit einem Verbrechen des unbefugten Waffenbesitzes. Palm und Durst je eines Vergehens des unbefugten Waffenbesitzes. Alle übrigen Schuldfragen wurden verneint. Beckbissinger wurden mildernde Umstände versagt, den übrigen Beurteilten solche zugewilligt. Der Staatsanwalt beantragte darauf gegen Gsell 1 Jahr, gegen Beckbissinger 10 Monate, gegen Schilling 8 Monate, gegen Palm 4 Monate und gegen Durst die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Gsell auf 10 Monate, gegen Beckbissinger auf 8 Monate, gegen Schilling auf 7 Monate, gegen Palm auf 4 Monate und gegen Durst auf 3 Monate 15 Tage Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Gsell und Beckbissinger wurden je 5 Monate, Schilling und Durst je 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet; die Strafe Palms gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Im übrigen wurden die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagten aufgehoben.

Briefkasten.

Herrn M. hier. Ihr Artikel über die Sitzung der Wohnungskommission enthält nichts Neues und spielt zu sehr ins Persönliche, sodass wir ihn ablehnen müssen.

Einmachzucker!

Am Samstag vorm. von 8—12 Uhr werden auf dem Lebensmittelamt die Bezugsscheine für 1 Pfd. Einmachzucker pro Person abgegeben.

Stadt. Lebensmittelamt: Kappelmann.

Arbeiterrat: Schlüter.

Konsum- und Sparverein S. m. b. V. Wildbad.

Bestellungen auf Selberüben

können sofort beim Geschäftsführer Herrn R. Gugenhan, Wilhelmstr. 152, gemacht werden.

Die Verwaltung.

Geschäfts-Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft Wildbads teile ich höflich mit, dass ich im Hause **Kochstrasse 193 (Eisele)** ein

Elzwaren.

Geschäft eröffnen werde. Ich übernehme alle Reparaturen u. Neuanfertigungen jeder Art; pünktliche und saubere Arbeit wird gewährleistet.

Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

Paul Toussaint, Kürschner

Eüchtiges Mädchen

für Hausarbeit, bügeln, waschen sofort gesucht nach Köln a. Rh. u. U. Saisonstelle. Meldungen bis Samstag Duellenhof Wildbad. Frau v. Tangen.

Sofort zu verkaufen:
1 polierte, ältere Kommode
und 1 Nachttisch
zusammen M. 50.—
1 Alt. Stuhl M. 3.—
1 Bild M. 3.—
Helene Schanz
Charlottenstr. — Villa Moria

Mikleta Bott
Eugen Seydelmann
Kaufmann
Verlobte

Oskar Schlanderer
Ida Schlanderer
geb. Bott
Vermählte

Wildbad

Heidenheim

Wildbad

Bad Liebenzell

Unterreichenbach

September 1919

Freiw. Feuerwehr Calmbach.



Am kommenden Sonntag den 28. Sept., früh 1/8 Uhr, hat die ganze freiw. Feuerwehr auf das Signal der Tambour und Hornisten

vor dem Rathaus anzutreffen.

Entschuldigungen werden nur in dringenden Fällen entgegengenommen. Betr. Verteilens von Ausrüstungsgegenständen wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Das Kommando.

Unabhäng. sozialdem. Partei

Sonntag, den 28. Septbr., mittags 2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Badischen Hof“ (Nebenzimmer) :: Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben :: Freunde sind höflichst eingeladen.

Der Obmann.

Soz.-dem. Partei

Heute abend 8 Uhr
Musikszüßigung
im Gasth. „Eintracht“
Der Vorstand.

Vertrauens-Stellung

findet sofort od. später gedieg. zuverl. Frau, welsch. bestimmt pers. hoch, einm. u. d. ganz Hausw. selbst. vorst. kann b. f. d. d. (2 Pers. f. d. d.) wo Dame etw. leidend. Beste famil. Behandl. Beihilfe vorh. Ausführl. Angeb. m. Bild n. Offenbach a. M., Adernstr. 1 part. erbeten.

Sonder-Angebot

Cigaretten

in den Preislagen von 15, 20, 25, 28, 30 u. 35 Pf. d. St.

abgabe un- begrenzt an Selbstverbraucher Wiederverkäufer verlangen Extraeffekt.

Chr. Schmid & Sohn
Tabakwarengrosshandlung
Wildbad
König-Karlstrasse 68.

Komplette Laden-Einrichtung

mit Ladentisch, Brückenwaage, Tischwaage samt Gewichten, für Kolonialwaren geeignet, sofort zu verkaufen.

Villa Elsa
Reinbachstraße.

Neu eingetroffen:

Prima reiner holländ.

Rauchtabak

100 Gramm 5 Mk. 30

Chr. Schmid & Sohn,
Tabakwarengrosshandlg.
Wildbad,
König Karl-Strasse 68.

Winter-Schuhwaren

Zuchshuallenstücke mit Lederriemen und Lederbesatz

für Männer, Frauen und Kinder

sind zu haben bei
Robert Hammer,
Schuhgeschäft.

Hierher

müssen Sie Ihre

Felle

senden und erhalten Sie die höchsten Preise vom Warden bis zum Girsch.

Ankauf von Rehgeweihen Gerben von Fellen.

E. Maischhofer
Moderne Circauslopferei
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501. 375

Verkaufe eine weiße, hornlose starke

Sahnenziege

dreimal gelammt (gibt noch 1 1/2 Liter Milch), sowie zwei erstklassige, rehuhfarbige

Stalienerhähne (Maibrut)
Joh. Geigle, Wildbad.

Karnikol

das Vorbeugungsmittel gegen die Kaninchensterblichkeit.

Zu haben in der
Medizinal-Dragerie
Gebr. Schmit.

Wundwaren

Mutterspritzen, Frauentropfen, sanitäre Frauenartikel
Anfragen erb. Versandhaus Heusinger, Dresden 555, am See 87.

3 guterhaltene Käffer das Liter zu 60 Pfg., ebenso einen fahrbaren

Krankenstuhl

zu 300 Mk. hat abgegeben.

Wer sagt die Redaktion ds. Bl.

Extra-Angebot in Schweizer-Stumpen

10 Stück 5 M

bei
Chr. Schmid & Sohn

Tabakwarengrosshandlg.
Wildbad
König-Karlstrasse 68.

Einige tüchtige, erfahrene Leute zur

Stockholz-Aufbereitung

(Sprengung) gesucht. Schriftliche Angebote unter Nr. 777 an die Exped. ds. Bl. erbeten.

Geschäfts-Empfehlung.

Die Schwarzwälder Haus- schuhfabrik und Reparaturan- stalt in Höfen a. E. übernimmt

Reparaturen

jeder Art, sowie Neuanfer- tigungen unter Zusicherung reeller und pünktlicher Aus- führung. 161

Elektro-Motorenöl, Maschinenöl,

Geruchloses

Bodenöl (kein Ersatz),

Wagen-, Leder- und

Konsistenz-Fett, Huf-

Fett empfiehlt 204

Fritz Krauss,

Hauptstr. 148 - Wildbad

Düten - und - Beutel

mit u. ohne Aufdruck liefert

Wildbader

Verlagsdruckerei.

MERCEDES



Schuhhaus

Wilh. Treiber
Wildbad

Ludwig-Fregerstraße
empfiehlt alle Sorten

Schuhwaren.

237 Reparaturen werden prompt ausgeführt.

haus-Verkauf.

Ein in bester Lage befindliches Anwesen mit 26 Zimmern, Garten u. Zubehör in welchem seither mit bestem Erfolg Zimmer vermietet wurden, wird um annehmbaren Preis verkauft.

Gefl. Angebote unter No. 744 an die Expedition ds. Bl. erbeten.

Sehe mein Wohnhaus

dem Verlaufe aus und kann sofort ein Kauf mit mir abgeschlossen werden.

G. Faas.

Turn-Verein Wildbad

Am Samstag den 27. Septbr., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „grünen Hof“ eine

Versammlung

statt, zu der die Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder, sowie die Sänger des Vereins eingeladen werden. Zahlreiches und vollständiges Erscheinen ist dringend notwendig.

Tagesordnung: 1. Singstunden
2. Abgelehntes Gesuch des Turn- und Fußballvereins.

Der Vorstand.

